

Aus der Corona-Krise lernen? Deutsch-polnische Grenzregion – 30 Jahre nach der Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrags

Im März 2020 wurde die deutsch-polnische Grenze – wie viele andere Grenzen in Europa – aufgrund der Covid-19-Pandemie geschlossen. Da diese Entscheidung in Warschau von der polnischen Regierung getroffen wurde, war die Grenzschießung sowohl für die Grenzraumbewohner*innen als auch die lokalen politischen Akteur*innen ein Schock. Denn hier manifestierte sich die staatliche Macht gegenüber den lokalen und regionalen Entscheidungsträger*innen sowie der EU (Tarvet und Klatt, 2021) und zeigte den „advent of unilateralism“ (Böhm, 2021) an. Plötzlich durften die Grenzpendler*innen nicht mehr zur Arbeit fahren, Schüler*innen mussten zu Hause bleiben, viele Familien und Freunde wurden getrennt (Jańczak, 2020; Opłowska, 2020; Wille und Kanesu, 2020; Weber, Theis, Terrolion, 2021).

Die jüngeren Menschen, für die offene Grenzen im Schengen Raum bis dahin eine Selbstverständlichkeit waren, haben erstmalig mit Zäunen versperrte Brücken und Posten der Grenzpolizei gesehen. Die ältere Generation hat diese Erfahrung an den Kalten Krieg erinnert, als die deutsch-polnische Grenze für ein streng kontrolliertes Grenzregime stand. Was hat diese Krise gezeigt? Welche Lehren werden daraus gezogen? Bevor ich auf diese Fragen eingehe, stelle ich kurz die Geschichte der deutsch-polnischen Grenzregion dar.

Reglementierte Nachbarschaft

Die deutsch-polnische Grenzregion gehört historisch zu den neuen Grenzregionen, die infolge des Zweiten Weltkriegs und der Westverschiebung der deutsch-polnischen Grenze entstanden sind. Diese politische Entscheidung war mit massiven Migrationsbewegungen verbunden: Tausende von Deutschen mussten ihre Häuser verlassen, die bezogen wurden von Vertriebenen aus den an die Sowjetunion verlorenen Ostgebieten, von rückkehrenden Zwangsarbeiter*innen, Umsiedler*innen aus Zentral- und Südpolen und von vielen anderen, die ein neues Leben im „wildem Westen“ (Halicka, 2013) anfangen wollten. Im Unterschied zu den alten historischen Grenzregionen, lebten hier nun Menschen, die keine Nachbarschaftserfahrungen hatten; d.h. es gab keine Minderheit und Mischehen, keinen kulturellen Transfer und die Sprache bildete eine große Kommunikationsbarriere. Darüber hinaus war die Grenzregion über Jahre hinweg einer

starken Ideologisierung unterworfen. Zunächst war es die kommunistische Propaganda der Friedensgrenze und der sozialistischen Freundschaft zwischen der DDR und Volksrepublik Polen.

Marksteine der Europäisierung

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ging man sehr schnell zur Idee der europäischen Integration über: Die Grenzstädte wurden zu Euro(pa)städten ernannt und die in den 1990er Jahren gegründeten Euroregionen (Euroregion Neisse, Pro Europe Viadrina, Spree-Neisse-Bober and Pomerania) sollten die Grundlage für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bilden. Diesen EUropa-Diskurs haben die Grenzbewohner*innen allerdings vor allem als ein Projekt der Bürgermeister wahrgenommen und nationale Stereotypen sowie mentale Barrieren blieben noch lange bestehen (Opilowska, 2009). Die nächsten Zäsuren, welche die Hindernisse im deutsch-polnischen Verhältnis nach und nach abbauten, waren Polens Beitritt zur EU (2004), Polens Beitritt zum Schengen Abkommen (2007) und die Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für polnische Arbeitnehmer*innen (2011). Im Jahr 2014 hat der Deutsch-Polnische Raumordnungsausschuss das „Gemeinsame Zukunftskonzept für den deutsch-polnischen Verflechtungsraum – Vision 2030“ ausgearbeitet, in dem die Grenze nicht mehr als eine Trennlinie zwischen zwei Staaten abgebildet ist, sondern nur über die Grenzflüsse Oder and Neisse sichtbar wird. In der Vision 2030 werden u.a. der Ausbau des gemeinsamen Arbeitsmarktes, die Förderung des Tourismus, die Zusammenarbeit der Hochschulen und Bildungseinrichtungen sowie der Schutz des natürlichen und kulturellen Erbes angestrebt. Diese Vision eines integrierten Lebensraums war für viele Bewohner*innen des Grenzraums bereits eine Realität.

Triebkräfte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Die Pandemie-Jahre 2020 und 2021 waren für die deutsch-polnischen bilateralen Beziehungen wichtige Jubiläumsjahre. Denn 1990 wurde der deutsch-polnische Grenzvertrag und ein Jahr später der Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet. Beide Dokumente legten ein Fundament für die künftige grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Im Artikel 12 des Nachbarschaftsvertrages wurde „der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Regionen, Städten, Gemeinden und anderen Gebietskörperschaften, insbesondere im grenznahen Bereich“ eine besondere Bedeutung beigemessen. Im Weiteren wurden beide Staaten verpflichtet, eine solche Zusammenarbeit in allen Bereichen zu erleichtern und zu fördern.

Obwohl sich die deutsch-polnischen zwischenstaatlichen Beziehungen seit dem Regierungswechsel in Polen im Jahr 2015 deutlich abgekühlt haben, hat sich die grenzüberschreitende Kooperation weiterhin rege entwickelt. Das historische Erbe schien nunmehr keine Rolle mehr zu spielen und die Grenze wurde eher als eine Ressource betrachtet. Die EU-Förderprogramme setzten gute Rahmenbedingungen für grenzüberschreitende Projekte und eine vertiefte Integration und waren eine wichtige Triebkraft für transnationales Handeln. Das Sprichwort „im selben Boot sitzen“, das einer meiner institutionellen Interviewpartner verwand, um die Situation in der Grenzregion zu beschreiben, spiegelt die Denkweise der lokalen Akteur*innen sehr gut wider (Opilowska, 2021). Nicht mehr die Idee der Versöhnung oder der europäischen Integration wurden bei der Erarbeitung der grenzüberschreitenden Projekte in den Vordergrund gestellt – wie etwa in den 1990er Jahren –, sondern es dominierten ein gemeinsames Interesse und eine Praxisorientierung. Manche Akteur*innen bedauerten sogar die mangelnde ideelle Untermauerung des bilateralen Verhältnisses und meinten, dass die Orientierung an praktischen Problemen vor Ort langfristig nicht die nötige Triebkraft für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit entfalten kann (Opilowska, 2021). Wird die Corona-Pandemie und ihre Folgen eine neue Zäsur für die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen in der Grenzregion markieren?

Covid-19 und die Grenzschließung: Reaktionen

Die Schließung der deutsch-polnischen Grenze hat verschiedene Reaktionen hervorgerufen (Kajta und Opilowska, 2021a). Darunter – wie in anderen Grenzregionen auch – eine große Solidarität mit den Nachbarn, die sich in performativen Akten äußerte. Außerdem wurden offene Briefe und Appelle an die polnische Regierung gerichtet, in denen man die Besonderheit der Grenzregion betonte und auf die negativen wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Grenzschließung hinwies. Czesław Fiedorowicz, der Vorstandsvorsitzende der Föderation der Euroregionen der Republik Polen, appellierte etwa an den polnischen Premierminister Mateusz Morawiecki, die Grenzbeschränkungen in den Euroregionen aufzuheben: „Wir leben in einer starken Symbiose und brauchen uns gegenseitig. Guben für Gubin, Löcknitz für Szczecin, Zgorzelec und Görlitz, Cieszyn und Český Těšín, Nový Targ und Kežmarok, Suwałki und Marijampole sind scheinbar 'im Ausland', aber die Bindungen, die die Menschen, ihren Arbeitsort, ihren Wohnort, ihre familiären Bindungen, ihre Schul- und Universitätsausbildung, die medizinische Behandlung, die Gesundheitsversorgung und die alltäglichen Kontakte betreffen, sind oft sehr intensiv“.



Abbildung 1: Banner am Flussufer in Słubice, Foto: Daniel Szurka, Quelle: <https://www.facebook.com/NaszeSlubicePL> (23.04.2020)

Ferner wurde am 17. April 2020 die polnische Facebook-Gruppe „Grenzgänger zusammen (alle Länder)“ gegründet mit dem Ziel, sich einander zu unterstützen. Am 19. April 2020 wurde ein Manifest der Grenzraumbewohner*innen veröffentlicht, in dem die Abschaffung der Quarantänepflicht nach dem Grenzübertritt für Menschen, die im Grenzgebiet leben und arbeiten, gefordert wurde. Außerdem betonte man, dass die polnische Regierung die Grenzschießung ohne Rücksicht auf die Grenzbewohner*innen vollzogen hat, indem sie zwischen beruflicher und gewöhnlicher – menschlicher – Pflicht (Trennung von Kindern, Eltern und Partnern) wählen mussten, denn tägliches Pendeln nicht mehr möglich war. Das Manifest berief sich auch auf die europäische Identität der Grenzbewohner*innen: „All das [die Möglichkeit grenzüberschreitend zu leben] wurde uns von Europa garantiert – denn wir sind nicht nur Polen, und daran werden wir erinnern, sondern wir fühlen uns auch als freie Europäerinnen und Europäer“. Diese normative Argumentation mit Blick auf eine europäische Identität trat – neben der Betonung der schwierigen Situation für Grenzpendler*innen – auch bei den Protestaktionen zu Vorschein, die im April und Mai 2020 in deutsch-polnischen Grenzregionen organisiert wurden.

Grenzöffnung mit starker Geste

Letztendlich wurde die Grenze in der Nacht von 12./13. Juni 2020 wieder geöffnet, was von Hunderten Frankfurter und Ślubicer Bewohner*innen enthusiastisch gefeiert wurde. Dafür symbolisch steht die spontane Umarmung des Oberbürgermeisters von Frankfurt (Oder), René Wilke, und des Bürgermeisters von Ślubice, Mariusz Olejniczak, auf der Grenzbrücke. Diese Geste hatte Schlagzeilen gemacht, als sich der Frankfurter Oberbürgermeister dafür im Nachhinein selbst angezeigt hatte – war die Umarmung doch ein Verstoß gegen die Corona-Maßnahmen. Er hat sie aber nicht bereut: „Die Situation, in der Mariusz und ich uns kurz umarmt haben, die hatte etwas Befreiendes, ließ mich spüren, welche Last gerade von vielen Bürgerinnen und Bürgern unserer Städte abfiel. Unser Agieren als Repräsentanten dieser Menschen war für mich noch nie so authentisch wie in diesen drei Sekunden. Die Geste war nicht geplant, aber wichtig.“ (Pressestelle, 15.06.2020, Quelle: www.frankfurt-oder.de)



Abbildung 2: Die Umarmung von René Wilke (Oberbürgermeister von Frankfurt (Oder)) und Mariusz Olejniczak (Bürgermeister von Ślubice) auf der Grenzbrücke, Foto: Peggy Lohse [Waldman, MOZ, 13.6.2020]

Krise als Impuls für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Meine Interviews mit lokalen Akteure*innen, die für die deutsch-polnische grenzüberschreitende Zusammenarbeit verantwortlich sind (vgl. Kajta und Opiłowska, 2021b), zeigen, dass polnische und deutsche Expert*innen überzeugt sind, dass die Erfahrung der Grenzschließung sowohl den Entscheidungsträger*innen als auch den

Grenzraumbewohner*innen einen Schub und neue Energie für die Zusammenarbeit geben wird. Sie gehen davon aus, dass die Grenzschießung den Bewohner*innen bewusst gemacht hat, wie stark ihre Lebenswirklichkeiten bereits grenzüberschreitend organisiert sind und dass offene Grenze eine europäische Errungenschaft darstellen. Andererseits hat diese Erfahrung aber auch die schwache und fragile Position lokaler Strukturen und „Agency“ gegenüber staatlichen Akteuren aufgezeigt. Aus diesem Grund wollen die lokalen Akteur*innen den Austausch mit den zentralen Behörden verbessern, so dass ihre Stimmen in Warschau und Berlin mehr Gehör finden und die besonderen Verhältnisse in der Grenzregion dort stärker zur Kenntnis genommen werden. Diese neuen grenzüberschreitenden Strategien und Projekte befinden sich noch im Aufbau, weshalb noch nicht abzuschätzen ist, wie erfolgreich die lokalen Akteur*innen in ihren Bemühungen sein werden.

Referenzen

- Böhm, H. (2021), Five Roles of Cross-border Cooperation Against Rebordering, *Journal of Borderlands Studies*, DOI: 10.1080/08865655.2021.1948900
- Halicka, B. (2013), *Polens Wilder Westen. Erzwungene Migration und die kulturelle Aneignung des Odraums 1945–1948*. Paderborn: Ferdinand Schöningh.
- Jańczak, J. (2020), The German-Polish border, re-bordering and the pandemic: centers vs. peripheries?, In: Ulrich, P., Cyrus, N. und Pilhofer, A. (Hrsg.), *Grenzen und Ordnungen in Bewegung in Zeiten der Corona-Krise. Analysen zu Region und Gesellschaft*, „Working Paper Series B/ORDERS IN MOTION“, No. 8, S. 17-19. DOI: 10.11584/B-ORDERS.8.
- Kajta, J. und Opiłowska, E. (2021a), Community Response to the Revival of a Border: The Case of Two Twin Towns in Central Europe (in peer-review process).
- Kajta, J. und Opiłowska, E. (2021b), The impact of Covid-19 on structure and agency in a borderland. The case of two twin towns in Central Europe (in peer-review process).
- Tarvet, R. und Klatt, M. (2021), The impact of the Corona crisis on borderland living in the Danish-German border region with a special focus on the two national minorities, *National Identities*, DOI: 10.1080/14608944.2021.1938522
- Opiłowska, E. (2009), Kontinuitäten und Brüche deutsch-polnischer Erinnerungskulturen. Görlitz/Zgorzelec 1945-2006, Dresden: Neisse Verlag.
- Opiłowska, E. (2020), The Covid-19 Crisis: The End of a Borderless Europe? *European Societies*. DOI: 10.1080/14616696.2020.1833065.
- Opiłowska, E. (2021), Determinants of the Cross-Border Cooperation in the German-Polish Borderlands. In: Opiłowska, E. und Sus, M. (Hrsg.), *Poland and Germany in the European Union. The Multi-Dimensional Dynamics of Bilateral Relations*, Abingdon: Routledge, S. 208-26.
- Waldman, N. (2020), Bürgermeister von Frankfurt und Słubice umarmen die offene Grenze, Märkische Oderzeitung, 13.06.2020, <https://www.moz.de/lokales/frankfurt-oder/stadtbruecke-buergermeister-von-frankfurt-und-slubice-umarmen-die-offene-grenze-49172058.html> [Zugriff am 22.7.2021].

- Weber, F., Theis, R., Terrolion, K (Hrsg.), (2021), *Grenzerfahrungen | Expériences transfrontalières*, Berlin, Heidelberg: Springer-Verlag GmbH
- Wille, C. und Kanesu, R. (Hrsg.), (2020) Bordering in Pandemic Times: Insights into the COVID-19 Lockdown, *Borders in Perspective 4*, DOI: 10.25353/ubtr-xxxx-b825-a20b.